

Nicht ganz dicht

...dürfte unter anderem die Staatskasse der neuen-alten SPÖ/ÖVP-Regierung sein. Das „Budgetloch“ ist diesen Damen und Herren ein willkommener Anlass um die Kosten für die Wirtschaftskrise weiterhin uns aufzubürden! Die Sparpakete und Verschlechterungen der neuen Regierung werden noch größer und härter werden als bisher.

Sparen auf unsere Kosten

Wir bekommen das ganz konkret jetzt schon zu spüren. Sowohl mit dem drohenden niedrigen Gehaltsabschluss für 2014[ft1] als auch mit der geplanten Verlängerung des Aufnahmestopps soll auf unsere Kosten Geld eingespart werden. Doch dabei wird es nicht bleiben.

So darf etwa die Ankündigung der Regierung, die Gesundheitsreform fortführen zu wollen, als gefährliche Drohung aufgefasst werden. Wir wissen aus den letzten Jahren nur zu gut was das bedeutet: Personalmangel, steigender Arbeitsdruck, weitere Auslagerungen...

Wo das Geld geblieben ist...

Für die Bankenrettung sind bis jetzt rund vier bis sechs Milliarden an Steuergeld versickert. Die Regierung kalkuliert mit noch einmal so viel Geld für den Bankensektor. Realistischerweise wird jedoch selbst diese Summe nicht ausreichen...

Insgesamt steuern die Reichen und ihre Unternehmen immer weniger zum Budget bei. Der Anteil vermögensbezogener Steuern am Gesamtsteueraufkommen sinkt seit Jahrzehnten kontinuierlich. Gleichzeitig ist der Anteil der Massensteuern (Mehrwertsteuer, Lohnsteuer...) weiterhin gestiegen und macht mittlerweile rund drei Viertel des Budgets aus.

Regierung der Reichen

Die neue-alte Koalition hat sich weiterhin den Interessen des österreichischen Kapitals verschrieben. So ist im Regierungsprogramm von einer höheren Besteuerung von Vermögen (Reichensteuer, Erbschaftsteuer...) keine Rede mehr.



Die vor den Wahlen angekündigte Lohnsteuerreform, von der wir profitieren würden, ist somit auch vom Tisch. Dem nicht genug dürfen sich Investoren bei den kommenden Privatisierungen die gewinnbringenden Rosinen herauspicken. Als i-Tüpfelchen wird den Unternehmen auch bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit entgegengekommen.

Widerstand!?

Nach der Nulllohnrunde 2013 droht bei den jetzigen Gehaltsverhandlungen abermals ein Reallohnverlust. Die Regierung verspricht erst für nächstes Jahr eine Abgeltung der offiziellen Inflationsrate (die weiter unter den Preissteigerungen für Güter des täglichen Bedarfs liegt!).

Die Demonstration heute ist ein notwendiger erster Schritt um unsere Interessen zu verteidigen. Um den Druck weiter zu steigern sollten jetzt öffentliche Dienststellenversammlungen während der Arbeitszeit abgehalten werden. Aber eine ordentliche Gehaltserhöhung wird nicht das einzige bleiben, wofür wir kämpfen müssen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass in den nächsten Jahren eine Menge an Einsparungen auf uns zukom-



men werden, gegen die wir uns verteidigen müssen.

Die Gewerkschaftsführung hat in den letzten Jahren den Angriffen auf unseren Lebensstandard viel zu wenig entgegengesetzt, was wir aber brauchen ist ein entschlossener Kampf der möglichst viele KollegInnen aus den Dienststellen und Betrieben einbezieht. Um erfolgreich kämpfen zu können, braucht es sowohl eine Vernetzung an der Basis als auch eine Demokratisierung der Gewerkschaften, damit Kampfmaßnahmen nicht im letzten Moment abgeblasen werden können.

In welche Richtung es gehen könnte, zeigen die Kolleginnen und Kollegen in den oö. Spitälern, die sich in Folge der Streiks in den Ordensspitälern zusammenschlossen und eine Kampagne gegen die ständigen Verschlechterungen der Einkommens- und Arbeitssituation gestartet haben (siehe Rückseite). Die positiven Erfahrungen und Kontakte dieser Protestmaßnahmen sollen als Vorbild dienen, um den kommenden Sparpaketen etwas entgegenhalten zu können. Da könnten wir uns etwas anschauen, denn verlassen können wir uns letztlich nur auf uns selber.

Demokratie?

Vor der Wahl wird groß von der Sicherung von Arbeitsplätzen und Pensionen, sowie Steuerentlastungen gesprochen. Nach der Wahl gibt's ein Sparpaket. Kommt das jemandem bekannt vor? Wiedermal heißt es fünf Jahre warten bis wir wieder irgendwo ein Kreuzerl machen dürfen – und die Damen und Herren können in der Zwischenzeit tun und lassen, was sie wollen.

Wie weiter für eine ordentliche Lohnerhöhung?

Eine Demonstration ist ein erster Schritt. Leider wissen viele KollegInnen in den Dienststellen gar nichts von der Aktion und wurde hier nicht mobilisiert. Was wir bräuchten sind öffentliche Dienststellenversammlungen während Arbeitszeit mit denen wir sowohl unsere Kraft zeigen, als auch über weitere Schritte diskutieren können. Möglichst viele KollegInnen müssen in die Planung und Umsetzung von Kampfmaßnahmen einbezogen werden und wir brauchen die Möglichkeit selbst zu entscheiden, mit welchem Abschluss wir uns zufrieden geben oder welche weiteren Schritte wir setzen wollen. Wir müssen Druck auf die Gewerkschaftsführung aufbauen damit sie ernsthaft mobilisiert und so knapp hinter ihr stehen, dass sie nicht von der Regierung umgeschubst werden kann. Für den Anfang ist es dafür notwendig, dass wir uns am Arbeitsplatz zusammen tun und gemeinsam diskutieren. Denn wir können uns nur auf uns selbst verlassen, wenn wir einen Erfolg gegen die Obrigkeiten erreichen wollen.

Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst

Die Regierung hat also beschlossen den Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst zu verlängern. Das heißt, dass in Bereichen mit wachsenden Anforderungen entweder die bestehenden Beschäftigten immer mehr Arbeit aufgebürdet bekommen, oder dass durch Tricks zusätzliche Beschäf-



tigte über Leiharbeit und Werkverträge eingestellt werden und somit prekäre Beschäftigung voran getrieben wird. Letztendlich leiden darunter alle!

Oberösterreich zeigt's vor

Bereits bei den Konflikten rund um die Lohnverhandlungen im Frühjahr streikten die Beschäftigten der Ordensspitäler. Besonders daran ist, dass von den KollegInnen über das Verhandlungsergebnis abgestimmt wurde. Außerdem kam es erstmals zu gelebter Solidarität zwischen den KollegInnen der Ordensspitäler, des AKH Linz und der Landes-Krankenhäuser. Und der Kampf geht weiter. Im Oktober fand unter dem Motto „Unsere Arbeit ist mehr wert“ ein Flash Mob vor dem AKH Linz statt. Die Aktion ist Teil einer krankenhäusübergreifenden Kampagne mit den 4 Kernforderungen: Höherer Dienstposten-

stellenplan, verkürzte Wochenarbeitszeit, höhere Anrechnung von Vordienstzeiten und altersgerechte Arbeitsaufteilung. Alle Aktionen der Kampagne sollen von den KollegInnen und BetriebsrätInnen gemeinsam getragen werden. Das Ziel ist eine Bewegung aller Beschäftigten im Gesundheitsbereich rund um zentrale Probleme zu entfachen, auch über Oberösterreich hinaus.

Zerstörung des öffentlichen Bereichs

Was die Nichtausweitung der Planstellen real für die KollegInnen bedeutet, können wir am AKH Wien sehen. Viele Bereiche sind fremdvergeben oder mit LeiharbeiterInnen abgedeckt. Aufgrund von Einsparungen werden im nächsten Jahr gleich über 500 LeiharbeiterInnen gekündigt werden und den Gemeindebediensteten dafür zusätzliche Arbeit aufgebürdet. Die betroffenen KollegInnen haben gestern einen Aktionstag im AKH organisiert und gegen Kündigungen und Auslagerungen protestiert. Mehr dazu unter fb.com/initiative.uebernahme

Was ist mit unserem Budgetloch?

Die meisten von uns kennen das wohl, wenn am Ende vom Geld noch zuviel Monat übrig ist. Zufall ist das keiner, denn die Reallöhne sind seit Jahren im Sinken begriffen. Erst bei den letzten Lohn- und Gehaltsverhandlungen wollten sie uns eine Nulllohnrunde aufs Aug drücken. Viel mehr ist mit 36 Euro mehr im Monat (und das erst ab Juli!) für Wien ohnehin nicht raus gekommen. Angeblich ist ja kein Geld da! Aber vor der Wahl tun sie dann immer so, als würden sie sich um unsere Probleme kümmern...

Was ist der KLARTEXT?

Der Klartext wird regelmäßig in verschiedenen Dienststellen gemeinsam von KollegInnen und sozialistischen AktivistInnen erstellt und verteilt. Es werden darin sowohl aktuelle politische Ereignisse diskutiert, als auch Missstände in den Dienststellen aufgezeigt und somit für alle KollegInnen transparent gemacht.

Der Klartext dient unserer Vernetzung an der Basis, um uns gegen Verschlechterungen wehren zu können und für unsere Rechte zu organisieren. Wenn DU an Zusammenarbeit interessiert bist, melde dich bei uns: klartext@streik.cc